

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ulmenfeld-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementpreis: Im Monat Oktober 18 000 000 RM. und Nachrechnung. Ein einzelnes Exemplar 5 RM. RM. 150. Die Abonnenten zahlen über ihren Namen Rechnung Nr. 45, Grundzahl einer Postanweisung. Die Abonnenten zahlen über ihren Namen Rechnung Nr. 45, Grundzahl einer Postanweisung. Die Abonnenten zahlen über ihren Namen Rechnung Nr. 45, Grundzahl einer Postanweisung.

Nr. 242.

Ulmenfeld, Dienstag den 16. Oktober.

Jahrgang 1928

Die Ermächtigung.

In der Reichstags-Sitzung vom Samstag, die im Ganzen Dreiviertelstunden dauerte, haben Reichsregierung und Koalition eine Kraftprobe abgelegt, die nach der Panne vom Donnerstag doppelt wirksam war. Die entscheidende Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz ergab am Samstag nicht etwa nur die Anwesenheit der notwendigen 306 Abgeordneten im Sitzungssaal, sondern trotz des neuerlichen Abmarsches der vereinigten deutschnationalen, deutschösterreichischen, kommunistischen und Ledebour-Obstruktion aus dem Sitzungssaal sogar 318 Stimmen für das Gesetz. Es wurden also 10 Stimmen mehr für die Regierung abgegeben, als überhaupt Abgeordnete nach der strengen Bestimmung der Reichsverfassung hätten anwesend sein müssen; 24 Stimmen lauteten auf Nein; sie waren der Bayerischen Volkspartei, dem Bayerischen Bauernbund und vielleicht noch ganz wenigen Sozialdemokraten zuzuzählen; 7 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Alle diese Stimmhaltungen aber und auch die 24 „Nein“ gehörten doch zu der Anwesenheitszahl von 347 Stimmen, die vorhanden war; sie gehörten also zu einer gesetzmäßigen und loyalen Opposition, die sich wesentlich unterschied von der Obstruktion derer, die den Saal vor der Abstimmung verließen.

Das Haus war fast bis auf den letzten Platz gefüllt; von den Demokraten fehlt, wie übrigens auch am Donnerstag, nur ein einziger Abgeordneter, der im Auslande weilte, vom Zentrum nur drei schwerkranke Mitglieder; und man hatte auch den Zentrumsvizepräsidenten Dr. Pfeiffer, den deutschen Gesandten in Wien, ebenso herangezogen wie den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Köster, der Gesandter in Riga ist. Die Sozialdemokraten hatten nicht nur, wie zu erwarten war, Fraktionszwang für die Anwesenheit im Sitzungssaal beschlossen, sondern auch, was einen Sieg der vernünftigen Mehrheit in der Partei bedeutete, Fraktionszwang für die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Damit allein schon war die nötige Anwesenheitszahl und Mehrheit bei weitem gesichert. Die Sitzung brachte eine Festigung der Großen Koalition, die unter dem ersten Ministern Stresemann infolge der Opposition des linken Flügels der Sozialdemokraten und der Unzufriedenheit des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei niemals zur vollen Auswirkung ihrer Stimmzahl gelangt war; erst am Samstag hat es sich gezeigt, daß unter dem Druck der Not die Große Koalition fester geworden ist und daß insbesondere die Sozialdemokratie sich ihr in ihrer Gesamtheit zur Verfügung stellte. Bleibt diese Einigkeit aufrecht, dann ist eine Front vorhanden, die im Innern bei geordneten Umständen unüberwindlich ist; und die Regierung, die durch die Drohung mit Auflösung bewiesen hatte, daß es ihr Entschluß ist, aufs Ganze zu gehen, hat am Samstag nicht nur über die Opposition, sondern auch gegen die unzufriedenen Teile ihrer eigenen Mehrheit einen glänzenden Sieg errungen.

Nun kann es auf Grund des Ermächtigungsgesetzes an die praktische Arbeit gehen. Nach der Verordnung über die Steuerauswertung ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung schon vor dem Ermächtigungsgesetz eine weitere Verordnung erschienen, die dem Reichswirtschaftsminister ermächtigt, die Brennstoffverkaufspreise auch ohne Anhörung des Reichskohlenrats und des Reichskohlenverbandes herabzusetzen; gleichzeitig wird die Kohlensteuer er nach dem Gesetz vom 20. März 1923 aufgehoben, womit die Möglichkeit einer Herabsetzung der Kohlenpreise vom Reich aus gewährt ist. Vermutlich wird die Befreiung der Kohlensteuer und die Herabsetzung der Nettopreise um 10 bis 15 Prozent im Kleinhandel am Dienstag um 15. Oktober in Kraft tritt, ist in seiner Wirkung auf die Preise noch nicht endgültig zu ermitteln, da die ab 13. Oktober gültige Frachterhöhung gleichzeitig oder schon vorher preissteigernd wirkt. Im Ganzen dürfte aber in der nächsten Woche eine wesentliche Erleichterung der Kohlenpreise zu erwarten sein. Am Freitag hat das Reichskabinett weiter die Frage der Kartelle und Preisconventionen erörtert, deren Auswüchse bekämpft werden sollen; über die künftige Wohnungspolitik wurde Beschluß gefaßt, ebenso über die Demobilisationsverordnungen mit Einschluß der Bestimmungen über Betriebsstilllegung. Es wurde dabei die Produktivität der Wirtschaft berücksichtigt, ohne daß man auf den Schutz der Arbeitskraft verzichtete: im

Ganzen ist die Beweglichkeit der Betriebe damit größer geworden, und insbesondere wird es künftig nicht mehr nötig sein, die Arbeit zu freieren, um betrieblich notwendige Entlassungen zu ermöglichen. Wichtig ist, daß landesrechtliche Bestimmungen über Betriebsstilllegungen, Arbeitsfreudung und künstliche Erhaltung von Arbeitnehmern im Betriebe künftig unwirksam sein werden. Damit hat man die einseitige Regelung der Produktionshilfe vom Reich aus sichergestellt. Ferner werden in Zukunft Beiträge zu Gunsten der Erwerbslosenfürsorge erhoben, die auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilt, 20 Prozent des Krankenkassenbeitrages nicht überschreiten sollen. Gleichzeitig wurde die Grundlage einer produktiven Erwerbslosenfürsorge damit geschaffen, daß die Erwerbslosen künftig als Entgelt für die ihnen gewährte staatliche Unterstützung gemeinnützige Arbeit zu leisten haben; soweit für Jugendliche diese Arbeitsmöglichkeit nicht vorhanden ist, haben sie sich an Einrichtungen für die Fortbildung zu beteiligen. Damit ist zum ersten Mal der gesunde Gedanke verewirklicht, daß Erwerbslosigkeit nicht identisch ist mit staatlich bezahltem Müßiggang; es ist zu hoffen, daß von dieser Bestimmung aus die sittlichen Gefahren sozialer Einrichtungen erfolgreich bekämpft werden können und die Beziehung zum Staat und die Erziehung zu ihm Fortschritte machen. Am Montag beschäftigte sich das Kabinett mit der Lösung der Währungsfrage; und so besteht Aussicht, daß mit der Erledigung des Ermächtigungsgesetzes die sterile Zeit der Kriegen und partipolitischen Hindernisse endgültig überwunden ist.

Reichskabinett und Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 15. Okt. Das Reichskabinett hat am Samstag dem Arbeitszeitgesetz in seiner vom Reichsarbeitsministerium vorgelegten Fassung einstimmig zugestimmt. Auch die preussische Staatsregierung hat bereits ihr Einverständnis mit dem Gesetz erklärt. Der Gesetzentwurf wird den Reichstag noch in dieser Woche beschäftigen.

Die Vorlage knüpft an die Verordnung vom 23. November 1918 über die Arbeitszeit an und stellt den Grundsatz des Achtstundentags und der 48-Stundenwoche voran. Dieser Grundsatz erleidet Einschränkungen bei Notfällen, ferner bei unvermeidlichen Vorbereitungs- und Abschlußarbeiten zur Bewachung und Inangabelegung von Betriebsanlagen usw. Ferner soll den Arbeitgebern zwecks Anpassung an die Konjunktur die Möglichkeit gegeben werden, an einer beschränkten Zahl von Tagen Mehrarbeit leisten zu lassen. Für den Fall „erheblicher Arbeitsbereitschaft“ steht der Entwurf eine längere als achtstündige Arbeitszeit vor. Ausnahmen vom achtstündigen Arbeitstag sind in der Vorlage auf zweifachem Wege vorgesehen: Durch Tarifvertrag. Dazu hatten sich bei den bisherigen Beratungen der Arbeitszeitfrage im Reichswirtschaftsrat die Arbeitnehmer einhellig bereitgefunden. Für den Fall, daß es zu solchen tariflichen Abmachungen aus irgend welchen Gründen und Umständen nicht kommt, daß aber auf der anderen Seite eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit zur Leistung der Mehrarbeit besteht, sieht die Vorlage aus Rücksicht auf Gesundheit und Leben Maßnahmen vor. Sowohl gegenüber den tariflichen wie den behördlichen Ausnahmen zieht die Vorlage aus Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Arbeiter sowie auf die Schwere der Arbeitsleistung Grenzen. Für den Bergbau unter Tage, sowie für alle Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von giftigen Stoffen, Staub und dergleichen ausgesetzt sind, wird am Achtstundentag festgehalten. Hier ist höchstens vorübergehende Überarbeit in dringenden Fällen ermöglicht. Für den Bergbau sind an besonders schwierigen Betriebspunkten noch weitere Verfügungen vorgesehen. Endlich sind, abgesehen von der Arbeiterschaft, für alle Ausnahmen sowohl auf tariflichem wie auf behördlichem Wege zehn Stunden als Höchstgrenze einschließlich der Mehrarbeit bestimmt. Für Betriebe und Körperschaften des öffentlichen Rechts steht die Ausübung der den Behörden übertragenen Befugnisse der vorgesetzten Dienstbehörde zu.

Sie erfahren Alles

was für Sie von Wichtigkeit ist, wenn Sie die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ bestellen.

Lebensmittelunruhen.

Feuerungskrawalle und Plünderungen.

Leipzig, 15. Okt. Nachdem es in den letzten Tagen schon wiederholt zu kleineren Zwischenfällen wegen der enormen Preissteigerung aller Lebensmittel gekommen war, kam es im Laufe des Samstag in Leipzig zu größeren Kundgebungen, die vor der Zentralmarkthalle ihren Anfang nahmen, wo zunächst einige Bauernwagen geplündert wurden. Die Markthalle selbst wurde von einem großen Polizeiaufgebot abgesperrt, das gegen die Menge mit Gummiflämpeln vorging. Nachdem die Ansammlungen hier zerstreut worden waren, kam es in verschiedenen Stadtvierteln zu Plünderungen von Lebensmittelgeschäften. In der Bindmühlenstraße wurden namentlich die Bäckereien ausgeplündert. Verschiedentlich wurden auch die Ladeneinrichtungen demoliert. Die Geschäftsleute kamen zum Teil dem Verlangen der Menge nach und verabsorgten Lebensmittel unentgeltlich.

Leipzig, 15. Okt. Am Samstag vormittag fanden Ansammlungen von Erwerbslosen statt. Diese begaben sich später nach dem Rathaus, das geschlossen blieb. Wegen mittag setzte eine allgemeine Plünderung der Geschäfte ein. Die Polizei war machtlos.

Düsseldorf, 15. Okt. Die Plünderungen am Samstag abend, deren Folgen noch nicht übersehbar sind, nahmen ihren Fortgang. So wurde auf der Ellerstraße ein Lebensmittelgeschäft, das geöffnet war, vollständig ausgeräumt. In verschiedenen anderen Geschäften ereigneten sich ähnliche Vorgänge. Am Döringerring wandten sich einige Geschäftsleute an französische Patrouillen um Hilfe, die einige Personen abführten.

Sessenkirch, 15. Okt. In einzelnen Stadtteilen Sessenkirchens kam es am Samstag zu schweren Plünderungen. Um 10 Uhr begann die Plünderung des Lebensmittelmarktes im Stadtteil Schalle, der nach wenigen Minuten völlig ausgeräumt war. Auch das von den Händlern vereinnahmte Geld wurde genommen. Dann zog die Menge durch die Schallerstraße vor die dort liegenden großen Lebensmittelgeschäfte, die dem gleichen Schicksal verfielen. In gleicher Zeit begannen die Plünderungen in den Stadtteilen Neustadt und Udenorf, wo in der Hauptstraße Metzgereien und Kolonialwarengeschäfte geplündert wurden. Die Polizei wie auch die Franzosen, die in ihren Quartieren alarmbereit waren, griffen nicht ein.

Neues vom Sage.

Die Zustimmung des Reichsrats.

Berlin, 15. Okt. Der Reichsrat trat unmittelbar nach der Reichstags-Sitzung zusammen und erklärte sich mit dem Ermächtigungsgesetz nach den Beschlüssen des Reichstags einverstanden. Für Bayern erklärte der Gesandte v. Preger, daß Bayern an seinem ablehnenden Standpunkt festhalte, aber angesichts der Sachlage darauf verzichte, einen Antrag auf Erhebung von Einspruch zu stellen.

Aufforderung des Reichsverkehrsministers.

Berlin, 15. Okt. Der Reichsverkehrsminister hat eine Aufforderung an das im besetzten Gebiet anwesende Personal der zurzeit nicht im Betrieb der deutschen Verwaltung befindlichen Bahnstrecken gerichtet, sich am Mittwoch, 17. Okt., zur Aufnahme des Dienstes bei der „Regie“ zu melden. Der Absehung eines Diensthabers steht nichts entgegen, nachdem der Leiter der „Regie“ öffentlich erklärt habe, daß die eidlichen Verpflichtungen lediglich einen rein beruflichen Charakter hätten. Nach dieser Erklärung könne die Abgabe eines Eides die gegen das Reich weiter bestehenden Treupflichten nicht aufheben. Im Namen der Regierung stellt der Reichsverkehrsminister fest, daß die Regierung die „Regie“ nur als eine vorübergehende Verwaltung ansehen kann, und daß der gegenwärtige Betrieb durch die „Regie“ die Rechte des Deutschen Reiches an den besetzten Bahnen nicht berührt.

Ein Aufruf des Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 15. Okt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund erläßt einen Aufruf gegen die Unternehmerrückbildung, in dem erklärt wird, daß die deutschen Gewerkschaften zum Kampf bereit sind.

Keine Fortdauer der Marktbrotversorgung!

Berlin, 15. Sept. Amtlich wird gemeldet: Der aus der Mitte des Reichstags geäußerte Wunsch, mit Rücksicht auf die plötzliche große Geldentwertung die Marktbrotversorgung über den 15. Oktober hinaus noch einige Zeit fortzuführen, ist aus technischen und wirtschaftlichen Gründen, insbesondere im Hinblick auf den großen Umfang des Verionentelles sei-

der gänzlich unerfüllbar. Es bleibt daher der Reichsregierung nach wiederholter reiflicher Prüfung der Frage nichts anderes übrig, als die bedürftigen Kreise der Bevölkerung herauszugreifen und ihre Unterstützung derart zu erhöhen, daß sie über diese kritische Zeit hinwegkommen können. An Maßnahmen in dieser Hinsicht sind vorgesehen: Im besetzten Gebiet soll die Versorgung mit Brot vorläufig noch fortgesetzt werden. Im unbesetzten Gebiet sollen die Sozial- und Kleinrentner die am 15. Oktober fälligen Halbmonatsbezüge nach der neuesten Reichsrentenliste berechnet und dadurch erhöht werden. Außerdem erhalten die Sozial- und Kleinrentner am 22. Oktober bei fortschreitender Teuerung eine weitere Unterstützung. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wird es möglich sein, auch die Anfallrenten aufzuwerten. Die Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erhalten durch die Fürsorgestellen neben der Erhöhung der Zusatzrenten eine weitere Zulagezahlung. Die Säuge der Erwerbslosenunterstützung sollen mit der beginnenden Woche dem Stand der Markt schneller erhöht werden. Die entsprechende Mehrzahlung soll schon am nächsten Dienstag einsehen. Die zu Gunsten der Kinderreichen vorgesehenen Maßnahmen sind bereits bekanntgegeben.

Der Ausnahmezustand in Sachsen.

Dresden, 15. Okt. Der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV hat die Bildung oder den Zusammenschluß von Aktionsausschüssen, Abwehrschüssen oder ähnlichen Organisationen verboten, die den Zweck haben, neben den verfassungsmäßigen Behörden oder gegen diese zur Vorbereitung oder Durchführung politischer Maßnahmen dieser Art werden aufgelöst. Der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV hat in einem Schreiben an die sächsische Regierung das Verbot begründet und hervorgehoben, daß dem Wehrkreiskommando von einwandfreien Persönlichkeiten und von den Staatsbehörden Meldungen über die Lage in den Hauptindustriestädten zugegangen sind, aus denen hervorgeht, daß ein großer Teil der Bevölkerung und auch der Arbeiterschaft stark unter dem Druck einer gewalttätigen Minderheit zu leiden hat.

Die Währungsreform.

Berlin, 15. Okt. In der Montag-Sitzung des Reichskabinetts hat der Reichsfinanzminister Dr. Luther seinen Entwurf für die Schaffung einer neuen Währung vorgelegt. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes soll sofort die Verordnung über die Währungsreform veröffentlicht werden. Der neue Währungsentwurf lehnt sich nach der „Germania“ unmittelbar an den bereits bekannten Regierungsentwurf an, doch soll die neue Rentenmark nicht die Eigenschaft des gesetzlichen Zahlungsmittels haben. Der Zweck des neuen Zahlungsmittels ist, dieses von den Dollarschwankungen unabhängig zu machen. Eine weitere Abweichung von dem ursprünglichen Regierungsentwurf besteht darin, daß statt der Währungsreform die Zentralstelle sein soll. Diese Bank soll ein Kapital von 3,2 Milliarden Goldmark erhalten. In der gleichen Höhe wird sich der Umlauf an Rentenbriefen bewegen, die auf 500 Goldmark lauten und die wiederum die Grundlage für die auszugebenden Zahlungsmittel sein werden. Der Druck von Papiermark soll eingestellt werden.

Oesterreichischer Grenzschutz gegen Hitler.

Wien, 15. Okt. Die Landesregierungen von Salzburg und Tyrol haben im Einvernehmen mit der Wiener Bundesregierung umfassende Grenzschutzmaßnahmen durchgeföhrt, da die Gruppen der Verbände Hitler, insbesondere des „Bundes Oberland“ im Salzburgerischen und Tyrol anscheinend auf Münchener Weisung seit der Ernennung Rahrns in Alambereitschaft sind. Die bayerische Grenze ist in Salzburg und in Tyrol durch Wehrmachtsteilungen und aus ganz

Oesterreich zusammengezogenen Gendarmereiteilungen streng abgeperrt. Es soll andererseits auch verhindert werden, daß die Kommunisten aus Bayern nach Oesterreich überziehen.

Millerand, der Deher.

Paris, 15. Okt. Präsident Millerand sagte in einer Ansprache, die er in der Versammlung der Douvriers gehalten hat, u. a. folgendes: Deutschland möge wissen, daß wir die ergriffenen Pfänder erst wieder freigeben, sobald die Schulden bezahlt sind. Das sind wir der Gerechtigkeit Frankreichs und unseren Toten schuldig. Wir werden wie sie bis zum Ende aushalten und wie sie, so werden wie die Sieger sein.

Separatistenputsch in Mainz.

Mainz, 15. Okt. Am Samstag nacht kurz vor 11 Uhr versuchten Separatisten mit grün-weiß-roten Verbindungen das Stadthaus zu stürmen. Die dort stationierte Postgendarmerie in Stärke von vier Mann leistete den Eindringlingen Widerstand, wobei auf beiden Seiten Geschossen wurde. Ein Postgendarmer wurde durch einen Schuß in den Oberschenkel verletzt. Auch auf Seiten der Separatisten gab es einige Verletzte, die von ihren Parteigängern vom Platz gebracht wurden.

Polnische Regie-Eisenbahner für das Ruhrgebiet.

Berlin, 15. Okt. Wie die Z.N. erfährt, finden schon seit längerer Zeit regelmäßige Durchreisen polnischer Eisenbahner, die von den Franzosen für die Rüge im Ruhrgebiet angeworben wurden, statt. Die polnischen Eisenbahner sind mit deutschen Ausweisen ausgestattet und gehören zu einer bestimmten Organisation. Auf Befragen gaben sie zu, Eisenbahner aus dem polnischen Gebiet und für die Regie-Bahnen im Ruhrgebiet vorgesehen zu sein.

Ein Konflikt zwischen Frankreich und der Schweiz.

Berlin, 15. Okt. Im „Journal officiel“ wird ein Dekret des Präsidenten der Republik veröffentlicht, wodurch die französisch-schweizerische Zollgrenze auf die politische Grenze zurückgeführt wird. Jeder Bewohner der in Frage kommenden französischen Gemeinden erhält eine Entschädigung von 60 Franken. Die Freizonen sind also von französischer Seite einseitig aufgehoben worden, da eine Einigung mit der Bundesregierung in Bern über die in Frage kommenden Bestimmungen des Vertrages von Versailles noch nicht erzielt wurde. Die französische Regierung hat sich aus Gründen der inneren Politik zu einer eigenmächtigen Lösung der Zonenfrage hinreichend empfinden werden muß und auch das Ansehen der französischen Republik in den Augen der übrigen Unterzeichner des Versailler Vertrages ebenso schädigen muß, wie die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebiets.

Aus Stadt und Land.

Altenteig, 16. Oktober 1921.

Das Opfer eines Unfalls. Die äble Unfälle der Kinder, auf den Treppengeländern blauerzürstlichen, hat in Mannheim zu einem tödlichen Unglücksfall geführt. Die 13jährige Volksschülerin Reinacher stürzte, als sie sich auf das Treppengeländer gesetzt hatte, vom 4. Stockwerk in den Hof und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen das Kind gestorben ist. — Eine ernste Warnung für Kinder!

Wieder eine Verdoppelung der Postgebühren. Vom 20. Oktober an werden die Gebühren im Post- und Postfachverkehr in der Hauptsache wieder verdoppelt werden. Es kosten dann Postkarten im Ortsverkehr 3 Millionen M., im Fernverkehr 4 Millionen M., Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 Millionen, im Fernverkehr 10 Millionen; Drucksachen bis 25 Gramm 2 Millionen, Geschäftspapiere und Mißel abnormen bis 250 Gr.

und 's Mißföhren für wichtiger haltet als sonst alles auf der Welt. Aber nachher künntest auch ein Einsehen haben und mir 's nit noch vorwerfen, wenn ich denk, daß wir vier Kinder haben, die versorgt sein wollen!"

„Grad daran denk ich mehr wie du! Schuldenfrei war der Hof bis vor etlichen Jahren, aber der Groß-Reicher hat ja recht: so weiter und du haust uns alle von Haus und Hof! Statt ehrlischer Bauernarbeit, allweil die reiche Hof spielen, wann wo ein Fraß auf die Welt kommt. . . Das ist halt deine Freud! Die Dirnen spielen sich auf wie Stadträulens, der Gregor ist bloß mehr fürs Herumtuschieren, und wie dabei alles in der Wirtschaft den Krebsgang geht, darnach fragt keins! Du am wenigsten! Aber ich leid's nit weiter so! Der Herr bin ich, das meck dir! Und schau, daß du mir die Kramerischen aus der Stadt bald auf Rimmerwiedersehen hinaus spedierts, sonst meiner Frau zeig ich ihnen, wo der Zimmermann 's Loch gelassen hat!"

Er war wieder ins Schreien gekommen und schlug zuletzt zornig mit der Faust auf den Küchentisch. Die Bäurin macht sorglich die Küchen-ür zu. Dann nickt sie spöttisch. „Hab mir 's gleich gedacht, daß der Groß-Reicher dir die Rektion eingeleert hat. Das ist halt so ein Reibischer. Weil wir was Besseres vorstellen als bloß Bauerntrampeln, meint er —“

Jetzt laßt der Bauer gassig auf. „Was Besseres? Tu dich nit irren, Stanz! So viel neidig ist uns der Groß-Reicher, daß er seiner Wofel die Dieb zum Hans verboten hat, weil ihm die „Sippichafft“ am Verbauernhof zu schlecht ist zum Einheiraten für seine Dirn!"

„Und du laßt dir das gefallen? So was laßt sich der Verbauer nit Gesicht sagen? Bui Teufel!" schreit die Bäurin, deren Antlitz eine Masse überzogen hat. „Sagen laß ich mir's eh nit. Aber recht hat er. . .“ „Ein Depp bist — das sag ich dir ins Gesicht, Merius! Wir ihm zu schreit? Ja begriffst denn wirklich nit, was dahinter steht?" Sie spielt, stöhnig lächelnd, mit ihren Schärpenbändern. „Wißt 's nit."

10 Millionen, Warenproben bis 100 Gr. 6 Millionen; Wäsche bis 1 Kilo 20 Millionen; Pakete in der ersten Zone (bis 75 Kilometer) bis zu 3 Kilo 25 Millionen, bis zu 5 Kilo 35 Millionen; Zeitungspakete bis 5 Kilo 15 Millionen. Die Einschreibgebühr ist auf 10 Millionen erhöht. Zahlkarten kosten bis 100 Millionen Mark 1 Million, bis 500 Millionen 2 Millionen, bis 1000 Millionen 3 Millionen Mark. Nach dem Ausland kosten Postkarten 18 Millionen, einfache Briefe 30 Millionen Mark.

Der Reichsindex der Lebenshaltungskosten.

Die Reichsindex für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 8. Oktober auf das 109,1millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (40,1 Millionen) beträgt somit 170,0 Prozent. Das Niveau der Großhandelspreise hingegen hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts in der Zeit vom 2.—9. Oktober um 26,4 Prozent auf das 307,4millionenfache des Friedenszustandes gehoben.

Reichsbanknoten zu 20 und 50 Milliarden.

Wie der „Deutsche Handeldienst" erfährt, befinden sich in der Reichsbanknote 20 und 50 Milliarden in Vorbereitung, um den Ansprüchen der Wirtschaft nach Geldzeichen gerecht zu werden. Die Noten werden mit besonderer Sorgfalt hergestellt. Es finden nach einem völlig neuen photochemischen Verfahren angefertigte Wasserzeichenpapiere Verwendung, deren Nachahmung so gut wie ausgeschlossen erscheint.

Banknotenschwindel.

Das Reichsbankdirektorium teilt mit: Die Wahrnehmung, daß in letzter Zeit die Fälle sich häufen, in denen Reichsbanknoten zu einem den Nennwert übersteigenden Preise gehandelt werden, gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Höherbewertung der vor dem Kriege ausgegebenen Reichsbanknoten — insbesondere die rot gestempelten Reichsbanknoten zu 1000 und 100 Mark — völlig unbegründet ist. Die im Publikum verbreiteten Gerüchte über eine höhere Bewertung entbehren jeder Grundlage, da die Reichsbank durch Gesetz vom 4. August 1914 der Verpflichtung zur Einlösung ihrer Noten in Gold enthoben ist. Infolgedessen sind die vor dem 4. August 1914 in den Verkehr gegebenen Noten des später ausgegebenen Noten völlig gleichgestellt. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der Handel mit Reichsbanknoten und Darlehensklassenscheinen zu einem den Nennwert übersteigenden Preise durch das Gesetz betreffend Verbot des Agiohandels mit deutschen Banknoten und Darlehensklassenscheinen vom 1. März 1919 verboten und mit hoher Strafe bedroht ist.

Der Steuerabzug für die 3. Oktoberwoche.

Die Verhältniszahl beträgt in der dritten Kalenderwoche des Oktober 32. Bei der Berechnung des Steuerabzugs von dem in der Zeit vom 14. bis 20. Oktober einschließlich fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind also die Ermäßigungen der zweiten Septemberrhälfte mit 32 zu vervielfachen. Bei wöchentlicher Lohnzahlung betragen mithin die Ermäßigungen:

für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau je 172 800 mal 32 gleich	5 529 600
für jedes Kind 1 152 000 mal 32 gleich	36 864 000
zur Abgeltung der Werbungskosten 1 440 000 mal 32 gleich	46 080 000

Der neue Landeserntemilchpreis.

Auf Grund der Verhandlungen zwischen den landwirtschaftlichen Organisationen und den Vertretern der würt. Verbrauchergemeinden wurde für die Zeit vom 13. bis 16. Oktober einschließlich in Anlehnung an die Milchpreisregelung in Bayern ein Erzeugermilchpreis von 30 Millionen M. für das Alter vereinbart.

„Na ja. Hab dir's freilich nit erzählt, weil ich dich nit kränken hab wollen. Aber jetzt muß ich's schon sagen: der Groß-Reicher hat mir viel nachgestellt in jungen Jahren und das kann er mir noch heut nit vergeffen, daß ich ihn abbligen hab' lassen."

„Du ihn? Ich hab gemeint. . .“

„Narr — er mich doch nit? Die Zeit, wie sie schon boshast und neidig sind, haben dir 's vielleicht erzählt, aber wahr ist 's nit. Kannst mir 's glauben, daß er ein' großmächtigen Korb gekriegt hat von mir. Sell trägt er mir immer noch nach und sein Viehles war schon, wenn ich im Elend verkommen wäre, weil ich den schweren Großbauer nit mögen hab. Aber die Freud tu ich ihm nit an. Der soll noch die Augen aufreißn, wie warm ich mich bette! Das ist das rine. Das andre ist, daß sein Sohn unsrer Vieles nachsteigt und —“

„Davon hat er mir kein Wort gesagt. Bloß von der Kofel war die Rede. . .“

„Na ja, die Kofel hat 's halt schon so auffallend getrieben, daß ganz Lorenzen es weiß. Unser' Vieles ist schon gescheit. Die vergißt sich nichts. Aber sell ist wahr: eher tät der Groß-Reicher seine Kinder verhofen, als die meinen auf sein Brodenhof heimlich werden lassen. Ist mir eh nichts darum. Die Vieles kann ein viel schöneres Leben führen als in der Einsicht da oben."

Der Bauer schüttelt noch immer ungläubig den Kopf. „Aber er hat 's doch vorher selber gut geheissen, das mit der Kofel und dem Hans!"

„Halt ein Feiner, der Groß-Reicher. Hat immer gut Komödie spielen können. Verlaß dich darauf, es ist so, wie ich sage. Willst einen Beweis — da hast ihn: die alte Bawa, seine Schwester, die die Wirtschaft oben am Tullnerstadel führt seit der Bäurin ihrem Tod, hat erst neulich zur Grabensoppin gesagt: „Sell wird der Bauer nie gutheissen, daß die Verbäurlichen sich bei uns breit machen. Ueber ja und nein könnt er da noch zum Handluch kommen und den Verbäurnhof vor der Wand retten. Nachher liegt ihm die ganze Familie auf der Tasche."

(Fortsetzung folgt.)

Essefrucht. Gegen große Vorzüge eines andern gibt es kein Rettungsmittel als die Liebe. Gottge.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

(4) (Nachdruck verboten)

„Man könnt' rein glauben, du wärst übergeichnapt, Merius! Dawst du umannand wie ein Narr, schreist und tust, als wenn ich alle sieben Todsünden begangen hätte, anstatt schon seit deine Aufwartung drin zu machen und. . .“

Die Bäurin verstummt jäh. Der flackernde Schein des Herdfeuers war auf ihres Mannes Gesicht gefallen und zeigte ihr dort anstatt des gewöhnlich milden Ausdrucks wilde Bornstalten.

Er steht steif ausgerichtet neben dem Herd, in seinen Augen blüht — vielleicht zum erstenmal im Leben — richterliche Strenge.

„Schwarz nit so viel, Stanz! Antworte bloß Was soll das heißen? Du ladest Gäste ein, ohne daß ich's weiß, und an einem Tag, wo wir's so eilig haben in der Wirtschaft wie selten! Bringen wir das Heu heut nit ein und es weiert in der Nacht, so weißt selber, was für ein schwerer Schaden das ist. Und dann. . . anstatt mit zu verdienen, verkleudert ihr Weibslent da im Haus das saner Erworbene mit Gott weiß wem. . .“

Die Bäurin spielt lächelnd mit den Bändern ihrer schwarzgebeudenen Sonntagschürze. Sie ist weder kleinlaut noch verlegen, denn sie hat einen sichern Trumpf in der Hand.

„Tu mir schimpfen," sagte sie ruhig, „ist allweil leicht, auf ein armes Weib ansetzen, wenn man selber blaub ist."

Die Notlage der kirchlichen Gemeinden. Dem Landtag sind zwei Entwürfe über die ortsrechtlichen Umlagen und die Gewährung von Darlehen an kirchliche Gemeinden zugegangen. Die beiden Entwürfe wollen die finanzielle Lage der kirchlichen Gemeinden erleichtern. Der Entwurf über die ortsrechtlichen Umlagen ermächtigt die zuständigen Ministerien zur Vereinfachung des Umlageverfahrens, um den evangelischen Kirchengemeinden und den katholischen Pfarrgemeinden die schnellere Einziehung der Umlagen und ihre Anpassung an die wirtschaftlichen Verhältnisse zu ermöglichen. Der zweite Entwurf sieht Darlehen des Staats für solche in besonders schwieriger Lage befindlichen Kirchen- und Pfarrgemeinden vor, die bei der sprunghaften Geldentwertung den Besoldungsbedarf für ihre Angehörigen trotz zeitgemäßer Entlohnung der Umlagen nicht rechtzeitig decken können. Die Mittel für solche Darlehen sollen vom Staat beim Reich aufgenommen werden.

ep. Die Not der evang. Frauenhilfe. Die evang. Frauenhilfe in Ehorndorf, Kirchheim u. Teck, Heidenheim, Grumbach a. N., Reutenstadt a. L., die über hundert alten, einsamen und gebrechlichen Frauen eine Heimat gewährt, leiden größte Not an Lebensmitteln und Brennmaterial. Gaben an Geld und Naturalien nehmen die Oberinnen entgegen.

Die Bauaktivität im September. Nach den Feststellungen der „Bauwelt“ wurden im vorigen Monat 412 Wohnungen, sowie 187 Fabrik- und sonstige Neubauten ausgeführt, gegen 2009 Neubauten im September vorigen Jahres. Im August 1923 wurden 549 Wohnungen sowie 339 Fabrikbauten hergestellt.

Freudenstadt, 15. Okt. (Bestorden) Im Bezirkslandhaus ist die schwer verwundete Gattin des Weingärters Raci Schaber heute nach ihren Verletzungen verstorben.

Stuttgart, 15. Okt. (Erhöhung der Bezüge der Staatsbeamten.) Die Bezüge der Reichsbeamten sind für die Zeit vom 1. bis 16. Okt. nochmals erhöht worden; außerdem wird ihnen für das dritte Oktoberviertel eine Abschlagszahlung gewährt. Auf Grund einer Ermächtigung des Finanzausschusses des Landtags können diese Zahlungen auch an die württembergischen Beamten vorläufig geleistet werden. Für die Zeit vom 1. bis 16. Okt. sind somit nachzuzahlen: an Orten ohne örtlichen Sonderzuschlag das 5/20fache, mit örtlichem nach der 1. Stufe das 5/302fache, 2. Stufe 5/433,75fache, 3. Stufe (Stuttgart) 5/565fache der Grundbezüge. Diese Nachzahlung entspricht 1/3 der auf 1. Okt. bezahlten Monatsbezüge bzw. dem dreifachen Betrag der nach der Bekanntmachung vom 10. d. M. geleisteten Nachzahlung. Die Kassenstellen sind angewiesen, die Bezüge mit aller Beschleunigung zu bezahlen. Für das dritte Oktoberviertel ist zunächst eine Abschlagszahlung auf der Grundlage obiger Rezhahlen zu leisten. Die endgültige Festsetzung der Rezhahlen für den genannten Zeitraum wird späterhin erfolgen. Die Abschlagszahlung für das 3. Monatsviertel beträgt an Orten ohne örtlichen Sonderzuschlag das 7/100fache, mit örtlichem nach der 1. Stufe das 7/107fache, 2. Stufe 7/145fache, 3. Stufe (Stuttgart) 7/220fache der Grundbezüge. Die Abschlagszahlung entspricht dem vollen Betrag der auf 1. Okt. bezahlten Monatsbezüge bzw. dem vierfachen Betrag der nach der Bekanntmachung vom 10. d. M. geleisteten Nachzahlung. Die Kassenstellen sind angewiesen, diese Zahlung soweit irgend möglich am 18. Oktober zu leisten.

Hotelmultiplikator. Der Württ. Hotelierverein hat die Preisermäßigungsjahr des Preisindex für ein Hotelzimmer vom 15. Okt. ab auf 400 Millionen erhöht.

Fleischpreiserhöhung. Ab Dienstag gelten folgende Ankaufspreise: Ochsen- und Rindfleisch erste Qualität 200, Rindfleisch zweite 180, Kalbfleisch erste 160, zweite 140, Kalbsfleisch 250, Schweinefleisch 300, Hammelfleisch 250, Schaffleisch 180 Millionen M.

Leunberg, 15. Okt. (Wenn man keine Zeitung liest.) In Mönchsheim wurde eine Landwirtin dadurch, daß sie keine Zeitung liest, um über 100 Milliarden geschädigt. Die Frau verkaufte an einen Hforzheimer Händler eine Kuh zu dem von dem Händler angegebenen Kurs. Bezahlung bei Abholung. Als nun die Kuh abgeholt wurde, wurde sie zum ausgemachten Preis bezahlt obwohl die Preise inzwischen um mehrfache in die Höhe gegangen waren. So kann es gehen, wenn man keine Zeitung hält.

Wahlungen a. G., 15. Okt. (Weinversteigerung.) Bei der am Samstag vormittag vorgenommenen Versteigerung des auf 300 Liter geschätzten Ertrages des Anhaltsweingebirges wurden für 100 Liter 78 Milliarden also für den Eimer 234 Milliarden erzielt. Hierzu kommen noch 20 Proz. Weinsteuern.

Schwäbische Chronik.

In Stuttgart ist der Gasthofbesitzer Heinrich Weber, der 26 Jahre dem Ausschuss des Württ. Vereins angehörte, 68 Jahre alt gestorben. Ferner Oberst a. D. Karl Waser im Alter von 75 Jahren.

Auf der Herbsttagung des Württ. Weinbauvereins in Enderbach kam es zwischen Weingärtnern und Wirten zu keiner Einigung über die Bezahlung des neuen Weins. Erstere verlangten Goldmarkpreise, letztere wollten Stundung und Ratenzahlung je nach der Marktlage des Weines am Zahlungstage.

In Rehligen wurden aus einer Tuchfabrik Stoffe gestohlen, die Täter aber verhaftet.

Bei Abrufen des Gefallenenehrenmals des Altbereins auf der Hohenwarte bei St. Johann (Wach) ist Handwerksmeister Wöhrler aus Rürtingen feinerzeit abgestürzt und jetzt nach längerer Krankheit und Operation gestorben.

In Lauchertal, Ode. Haufen, brach in der Scheuer des Landwirts Kern Feuer aus, das die gesamten Erntevorräte, einen Wagen und landw. Maschinen vernichtete. Der Schaden beträgt über 300 Milliarden.

Stuttgarter Brief.

In diesem Herbst des Missergnügens und der Preissteigerung kann man keine Stunde froh werden. Millionen- und Milliardenpreise, weit die früher verpöbten und belächelten russischen Verhältnisse übersteigend, machen die Menschen zu Rechenmaschinen und die Wagenfrage zum A und O des ganzen Daseins. Man braucht gar keine Zahlen zu nennen, die Preise sind phantastisch, steigen täglich, und das Sattessen gehört zu den Tugenden der guten alten Zeit. Das ist trotz der nun errichteten „Diktatur“, wie man die Ermächtigung der Reichsregierung zu allerlei Maßnahmen nennen kann, besser, denn es ist eine wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklung, die man nicht vom gelben Tisch her und auch nicht durch den Polizeiknüppel dazwischen bringen kann. Die Vorräte an Lebensmitteln sind knapp und werden täglich knapper, die Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln wird durch die hohen Devisenpreise immer schwieriger. Nehmen wir nur die Kartoffeln! Die Kartoffelversorgung ist infolge der geringen Ernte infach unzureichend. Dazu kommt die Preisbildung, die naturgemäß nicht allein bei der Kartoffel und beim Landwirt halt machen kann. Unglückslicherweise treibt die Regierung über Tarifpolitik im Eisenbahnverkehr auch noch mit. Nicht genug, daß sie im August die Goldmarkrechnung mit helfen einführt. Wir haben in dieser Woche an dem Punkte, an dem die Goldmarkrechnung bei allen und jeden Lebensmitteln in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Wir werden erleben, daß die Milch im Preise auf 100 und mehr Millionen und die Butter auf 1,5 Milliarden das Pfund kostet, nachdem das Brot bereits vorangegangen ist. (100 Gramm = 240 Mill. Mark.) Goldmarkrechnung! So heißt die Lösung im neuen Handl. für Schnitzholz und Meißel, für Kunst- und Stiefelschmiederei, auch für Meißel und Soda! Goldmarkrechnung ist der große Schlüssel, an dem Tausende zu Grunde gehen müssen. Grenzer, Händler und vor allem Verbraucher. Daß die Reichsregierung nicht schweigsames Kunstwerk ist, erhebt sich für jeden in der großen Presse des Reiches Bewundernden ganz klar. So hat man's B. im „Küferräuber“ Baden am Samstag bereits für Butter bis 1,8 Milliarden, für Eier bis 55 Millionen, für einen Liter Milch 100 Millionen bezahlt und in Berlin ab 15. Okt. den Erzeugerpreis auf 141 176 000 M. für ein Liter festgesetzt. In Stuttgart macht man's nach. Der Handel leidet langsam, leidet immer schneller. Wir werden erleben. Denn Reich, Staat und Gemeinden haben die Goldmarkigkeit in Torien, Steuern und Gebühren am Prinzip gemacht. Die Stuttgarter Stadtverwaltung hat für Oktober allein zum Voraus 12,3 Mill. M. für das Zimmer an Wasserabgabe und Müllabfuhr erhoben. Sie hat ihre Gaspreise jetzt auf 70 Mill. für den Kubikmeter, die Stromkosten auf 210 Mill. M. erhöht, aber nur für ein paar Tage, denn in Karlsruhe zahlt man schon 110 Mill. für Gas und 300 Mill. für Licht. Wo nur hinauf, mein Kind! Und all das im Reichen des Abbaus der Kohlenpreise! Oder hat nicht die Reichsregierung amtlich verkündet, daß die Kohlensteuer aufgehoben ist, daß eine Verbilligung um etwa 30 Prozent eintritt? Ja, es ist etwas Erhebendes um unsere russischen Anleihe in der gesamten Wirtschaft! Die Post kündigt bereits eine neue Verdoppelung ihrer Tarife an, die Eisenbahn wird nicht zurückbleiben, obwohl sie in letzter Woche nochmal die Reisenden geschädigt hat in letzter Woche zweimal die Reisenden geschädigt.

Und zu allem Elend kommt noch, daß wir jetzt vor dem großen Unbekannten stehen — der neuen Währung, der Neumark, oder wie man es heißen will. Es wird ein furchtbares Durcheinander geben, wenn wir zur Papiermark, der Goldmark, dem Dollar, Franken, Gulden, Pfund Sterling auch noch in „Neumark“ kaufen und rechnen müssen! Die ganze Lage treibt zu einer gewaltigen Lösung und Entscheidung. Die Stimmung der Massen ist verzweifelt und erbittert. Und das schon jetzt, vor Beginn des Winters!

Die politischen Wirrnisse der Zeit tun das Ihre, um die Spannung zu verstärken. Zwar ist man in Württemberg unter dem Ausnahmezustand ruhig geblieben; aber die politischen Gegenstände weisen eine Verschärfung auf, die nicht überboten werden kann. Das „Deutsche Volksblatt“, das württ. Zentrumsorgan, hat Enthüllungen veröffentlicht über Umsturzvorstellungen der Linkskräfte und unter Führung des ehemaligen bekannten Oberbürgermeisters Hahn. Es handelt sich dabei um kostenlose Lieferung von militärischen Ausstattungsgegenständen in großen Mengen durch vorzugsweise jüdische Firmen an linksstehende Organisationen, vor allem an den Republikanischen Reichsbund. Die D. D. P. verwahrt sich, daß sie parteiunabhängig mit diesen „Schleichwegen“ etwas zu tun hat. Nicht zu Unrecht sagt das „Deutsche Volksblatt“: „Wohin sollen wir kommen, wenn jeder politische Klub seinen Wandersinn mit Sabelkoppel hat. Das muß im Bürgerkrieg enden. Das ist aber das Ende der Demokratie.“ Das politische Zwischenspiel wird in der Spätherbsttagung des württ. Landtags einen Widerhall finden. Gut ist es ebenfalls, daß die öffentliche Betätigung solcher politischer Jugendorganisationen mit militärischem Anstrich durch den Ausnahmezustand unterbunden ist.

Diese Vorgänge geben Anlaß zu einer Aussprache zwischen Vertretern der D. D. P. und des Zentrums. Zunächst geben in persönlicher Hinsicht die Vertreter des Zentrums bezeichnende Erklärungen ab. Sachlich wurde Überzeugung über die Grundlagen der Sozialpolitik in Württemberg festgestellt insbesondere auch darüber, daß die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität keinerlei private bewaffnete Organisationen dulde.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Verbot eines Betriebsräte-Kongresses. Der von den Kommunisten auf 18. Oktober einberufene Betriebsräte-Kongress für Sachsen und Thüringen ist vom Reichshaber des Reichsverbandes IV verboten worden.

Fortdauer des oberösterreichischen Generalkriegs. Auf den Straßen und Gassen polnisch Oberschlesiens wird weiter gestreift. Post und Telegraph arbeiten wieder, nachdem die polnische Regierung eine Berichtigung erlassen hat, daß alle im Streif verharrenden Arbeiter und Angehörige freilich zu entlassen sind.

ep. Die Stadt der weißen Kirchen ist Remork, das 1344 Kirchen zählt, darunter 916 protestantische, 312 katholische, 97 israelitische. Rom zählt 308 Kirchen.

Auch in England öffentliche Meinung zu verkaufen. Die „Daily Mail“ kaufte der „Daily Mail“-Trust für 6 Millionen Pfund Sterling eine Anzahl größerer Zeitungen an, darunter in London den „Evening Standard“, „Daily Sketch“, „Sunday Herald“ und mehrere führende Blätter in Manchester.

Die lachende Polizei. In Salzburg wurde kürzlich ein Radfahrer angehalten, weil er an verbotener Stelle radelte. Da er dafür ein Strafmandat von 50 000 M. erhielt, wollte er der Polizei einen Schabernack spielen und sammelte in dem Städtchen alle erreichbaren Ein-, Zwei- und Fünfschillinge, verbaute sie in einen Karton und überreichte sie so der Polizei. Diese nahm die Papiermenge und trug sie zum Althändler, der ihr dafür den Altpapierpreis von 13 Millionen Mark bezahlte.

Zurück Hundebiß getötet wurde in Wernburg (Böhmen) die Tochter des Krämers Dohler. Sie war vor etwa zwei Monaten von einem Tollwutverdächtigen Hund gebissen worden und hat sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen. Die Wunde wurde sorgfältig ausgesaugt und es war anzunehmen, daß die Gefahr beseitigt war. Nun erkrankte das Mädchen überraschend schnell und jede Hilfe kam zu spät.

Immer noch Opfer des Krieges. Eine Partie Waldarbeiter zündete sich in der Nähe des alten Vogelfensers bekannten Forsthauses Abwasch im Erzgebirge während der Frühstückspause ein Feuer mit Reisig an und sah gemächlich plaudernd um das Feuer. Da erfolgte plötzlich ein furchtbarer Knall und mehrere Leute lagen verkrüppelt am Boden. Unter dem brennenden Reisighaufen war noch eine Granate von der Kriegszeit her in der Erde verborgen, die durch das Feuer zur Explosion gebracht wurde. Zwei Arbeiter fanden den Tod, einer erlitt schwere, zwei andere leichtere Verletzungen.

Für eine halbe Billion Antiquitäten gekauft. In der Nacht zum Sonntag drangen in Berlin in der Friedrichstraße Einbrecher in das Antiquitätengeschäft von Dierich und stahlen Antiquitäten im Werte von 500 Milliarden M., nachdem ihre Versuche, die Geldschränke aufzubrechen, mißlungen waren.

Handel und Verkehr.

Dollarstand am 15. Oktober:

Berlin	3750 600 000 G.	3769 400 000 Br.
Frankfurt	4788 000 000 G.	4812 000 000 Br.
1 Goldmark =	805 238 000 (352 380 000) Papiermark.	
Amst. Br.	Zehntenturf vom Montag, 15. Okt.:	
Amsterdam	1476 300 000 G.	1483 700 000 Br.
Brüssel	195 510 000 G.	196 490 000 Br.
Christiania	588 525 000 G.	591 475 000 Br.
Kopenhagen	684 335 000 G.	667 885 000 Br.
Stockholm	991 515 000 G.	996 485 000 Br.
Italien	171 570 000 G.	172 430 000 Br.
London	16 957 500 000 G.	17 042 500 000 Br.
Paris	230 425 500 G.	231 375 500 Br.
Schweiz	674 310 000 G.	677 690 000 Br.
Spanien	508 725 000 G.	511 275 000 Br.
Deutsch-Oesterreich	52 668 G.	52 932 Br.
Prag	111 720 000 G.	112 280 000 Br.
Buenos Aires	1 997 000 000 G.	1 203 000 000 Br.
Dollarschahmweilungen	4000 000 000.	
Goldanleihe	3750.	

Der neue Silberankaufpreis. Der Ankauf von Reichsbanknoten durch die Reichsbank erfolgt von heute ab bis auf weiteres zum 400millionenfachen Betrage des Nennwerts.

Vervierfachung des Goldzollausgelbes. Für die Zeit vom 17. bis 19. Oktober einschließlich beträgt das Goldzollausgelbe 107 999 999 900 Prozent gegen bisher 24 299 999 900 Prozent. Eine Goldzollmark = 1080 Millionen Papiermark.

Wirtschaftszahlen vom Montag:

Goldzollausgelbe (17./19. Okt.)	107 999 999 900 v. D.
Goldankaufpreis 1 Kilogramm	= 640 Dollar.
Silberankaufpreis	400 000 000fach.
Lebenshaltungsinde (8. Okt.)	100 100 000fach.
Lebensmittel (Großh. 9. Okt.)	185 500 000fach.
Stuttgarter Index (8. Okt.)	96 341 536fach.
Großhandelsindex (9. Okt.)	307 400 000fach.
Erwarenindex	395 900 000fach.
Industriearbeitenindex	288 800 000fach.
Industriearbeitenindex	536 400 000fach.
Personenindex	120 Millionen.
Güterverkehrsindex	350 Millionen.
Buchhändlergeschäftszahl	1100 Millionen.
Buchdruckergeschäftszahl	35 Millionen.
Zeitungsanzeigen-Schlüsselzahl (13./19. Okt.)	600 000.

Stuttgarter Börse, 15. Okt. Die Woche begann an der Börse mit einem weiteren Auftrieb der Effektenkurse. Kurssteigerungen um ein Viertel oder um die Hälfte des Kurses, der am Freitag erreicht wurde, kennzeichneten die Festigkeit der Stimmung, die heute vorherrschend war. Am Freitag notierten 3000 (+ 500) Kaiser Otto 2000 (+ 100). Junghans stiegen auf 4500 (+ 1500). Feinmechanik Tuttingen auf 16 000 (+ 4000). Die neuen Besser Aktien notierten 800 bez. Geld. Die Württembergbewegung griff so ziemlich auf alle Marktsektoren über. — Im Fremdwert war die Stimmung bei sehr lebhafter Nachfrage außerordentlich fest.

Unsere Zeitung bestellen!

Landesproduktionsbörse Stuttgart, 15. Okt. Infolge des Devisenrückgangs ist die Stimmung auf dem Getreidemarkt heute etwas ruhiger geworden. Abschlüsse fanden so gut wie nicht statt, da bei der jetzt herrschenden Unsicherheit niemand etwas unternehmen will. Es notieren 100 Kilo gefundene trockene Ware ab württ. Stationen in Milliarden M.: Weizen, württ. 12-15, Sommergerste, württ. 10-12, Roggen, württ. 10-13, neuer Haber 8-10, Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 27-29, Meie 4-5, Weizenbrot, württ. 1,8-2, Kleeheu 2-2,5, Stroh, drahtgepreßt 2-2,5.

Mannheimer Produktionsbörse, 15. Okt. Der Geschäftsverkehr war heute klein, hervorgerufen durch die unklare Lage am Devisenmarkt. Die anwesenden Käufer suchten, entsprechend dem Rückgang der Devisenpreise, zu besseren Preisen Ware zu kaufen. Es wurde auch einiges gehandelt, doch war die Unternehmungslust im großen und ganzen nicht groß. Die Preise sind nominell und betragen für: Weizen 17½-18, Gerste 13-16, Haber 14-15, Weizenmehl 6-7, Biertraber und Malzkeime 6-6½, Rapskuchen 14-15, Weizenmehl 26-28 Milliarden, je 100 Kilo martztrocken Mannheim.

Herbstnachrichten.

Zwenstein. Die allgemeine Leselese beginnt hier und in Reichach mit Mittelhof am Mittwoch, 17. Okt. Die Trauben sind gesund und der Reifegrad ist ein guter. Der Ertrag wird auf 3000 Hektoliter geschätzt.

Korb. Mit der Leselese wurde begonnen. Die Weinberge sind noch schön grün belaubt und versprechen eine gute Qualität. Es wird mit einem Viertelherbst zu rechnen sein. Verkäufe wurden noch keine abgeschlossen.

Mehingen. Die Leselese beginnt am Dienstag, 16. Oktober. Geschätzter Ertrag 1000 Hektoliter. Erzeugnis sehr gut.

Letzte Nachrichten.

Mahnahmen zur Lösung der Währungsfrage.

Errichtung einer Deutschen Rentenbank. — Schaffung einer Rentenmark. — Die Papiermark bleibt gesetzliches Zahlungsmittel.

WTB. Berlin, 16. Okt. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung die Errichtung einer Deutschen Rentenbank beschlossen. Die Papiermark bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel. Neben der Papiermark wird in der von der Deutschen Rentenbank auszugebenden Rentenmark ein wertbeständiges Umlaufmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden wird. Die Rentenmark ist gesichert durch auf Goldmark lautende erstklassige Grundschulden auf den gesamten deut-

schen Grundbesitz und erstklassige Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken. Sie ist jederzeit einlösbar gegen verzinsliche Goldrentenbriefe. Es darf mit Zuversicht erwartet werden, daß dieses neue Zahlungsmittel nach seiner Eigenart das Höchstmögliche an Sicherheit bietet, im Verkehr mit uneingeschränktem Vertrauen aufgenommen wird. Die Deutsche Rentenbank wird von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Banken errichtet werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind aus führenden Kreisen der gesamten deutschen Wirtschaft gewählt. Der Auftrag zur Anfertigung der Rentenmarktscheine, welche die Unterschriften dieser Persönlichkeiten tragen werden, ist erteilt worden. Die Deutsche Rentenbank wird dem Reich Zahlungsmittel im Betrage von 1,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung stellen. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Rentenmark wird die Reichsbank die Diskontierung von Scheckausweisungen des deutschen Reichs einstellen. Damit wird die Inflationsquelle der Papiermark geschlossen und für die Reichsbank die Bahn zur Wiedergewinnung ihrer Eigenschaft als einer wahren Goldnotenbank freigeschafft. Die Rentenmark wird in einigen Wochen im Verkehr erscheinen. Um baldmöglichst viele wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen, hat die Reichsregierung außerdem die Ausgabe von kleinen Schecken der Goldanleihe (1, 2 und 5 Dollar bis zum Betrage von 200 Millionen Goldmark) beschlossen. Damit nicht auf die Dauer zu viele verschiedenartige Zahlungsmittel im Verkehr bleiben, ist die Reichsbank bereit, im Laufe des Jahres die kleinsten Goldanleihe-scheine auf Wunsch in Rentenmark umzutauschen. Wer die Goldanleihe als Anlagepapier behalten will, wird hieran selbstverständlich nicht gehindert werden.

Diese von der Reichsregierung gestern beschlossenen Maßnahmen sind eine Zwischenstufe zur endgültigen Lösung der Währungsfrage, die nur in der Rückkehr zur Goldwährung bestehen kann. Voraussetzung jeder endgültigen Regelung unserer Verhältnisse ist neben der Klärung der außenpolitischen Lage die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Ordnung im Innern. Dafür sollen das Ermächtigungsgesetz und das Arbeitszeitgesetz den Grund legen. Auf dem Boden des Ermächtigungsgesetzes ist bereits die Umstellung der Steuern auf Goldrechnung erfolgt, die Demobilisierungsvorordnung zur Befreiung der deutschen Wirtschafts-

kräfte von Hammungen geändert und die Grundlage für eine durchgreifende Einschränkung der Ausgaben geschaffen. Auf dieser Bahn wird die Reichsregierung fortzuschreiten.

Die teure Studien über das Reparationsproblem.
WTB. Paris, 15. Okt. Nach einer Voraussage aus Brüssel hat die belgische Regierung den Regierungen in Paris, London und Rom mitgeteilt, daß Frankreich, England und Italien nannte den Vorschlag des Rablins ange-nommen haben, seine technischen Studien über das Reparationsproblem durch die Reparationskommission prüfen zu lassen.

Wieder eine neue Preisverhöhung im Eisenbahnbereich.
WTB. Paris, 15. Okt. Vom 18. Oktober ab beträgt die Schließelzahl im Personenverkehr 600 Millionen, im Güterverkehr 1000 Millionen. Die Steigerung des Schließel-zahlen ist die Folge der Marktschwäche der vergangenen Woche. Die Herabsetzung des deutschen Kohlengold-preises wirkte bei der Erhöhung verbilligend ein, konnte aber nur von geringem Einfluß sein, da die Reichsbahn infolge der nach wie vor unverändert bestehenden Abschließung des Ruhrgebietes ganz überwiegend auf ausländische Kohlen angewiesen ist.

Unruhen und Plünderungen in Mannheim.
WTB. Mannheim, 15. Okt. Mehrere Hundert Gewerkschafter zogen heute Vormittag zum Gewerkschaftshaus und von dort aus zum Rathaus. Eine Abordnung begab sich zu Verhandlungen in das Innere des Rathauses. Die Demonstranten umlagerten das Gebäude, hielten die Straßenbahnen an und zwangen alles zum Stillstehen. Außerdem wurden die Türen des Rathauses eingedrückt. Hierauf wurde zur polizeilichen Auflösung der verbotenen Ansammlung und zur Räumung des Platzes geschritten, was ohne Zwischenfall vor sich ging. Ein Teil der Demonstranten begab sich darauf aber die Friedrichstraße nach dem Meißplatz in der Meinung, dort unter dem Schutz der Franzosen vor polizeilichem Einschreiten geschützt zu sein. Von dem Meißplatz zog die Menge zur Mittelstraße und plünderte dort die Filiale eines Warenhauses und mehrere Fußwege mit Lebensmitteln aus.

Weitere Plünderungen.
WTB. Köln, 16. Okt. In Köln-Rail kam es gestern zu Plünderungen. Als die Polizei eintraf, wurde sie von der Menge mit Flaschen, Steinen etc. beworfen. Auch soll ein Schuß gefallen sein. Hierauf machte die Polizei von der Waffe Gebrauch, wobei eine Person getötet und eine zweite verletzt wurde.

Winternächtliches Wetter.
Ein Luftwirbel über der östlichen Nordsee rückt näher. Für Mittwoch ist nebliges Wetter zu erwarten.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

Ämliche Verantrachtungen.

Anruf an die Landwirte!

Die Ernährungslage in den größeren Städten Württembergs ist, wenn nicht in der nächsten Zeit stark Anlieferungen in Getreide und besonders in Kartoffeln erfolgen, bedenklich. Wir bitten daher unsere Berufsgenossen dringend, von den genannten Erzeugnissen in der allernächsten Zeit abzuliefern. Die bisherige Kartoffelnot in den Städten ist auf die verspätete Ernte zurückzuführen. Da jetzt die Ernte zum Teil erst beginnt und Kartoffeln vom Acker weg verkauft werden, ist zu erwarten, daß der Bedarf an Kartoffeln endlich gedeckt werden muß.

In der bitteren ersten Zeit, in der wir leben, liegt es nicht zuletzt auch im Interesse der Landwirtschaft, daß Verantrachtungen durch Mangel an Lebensmitteln, besonders an Kartoffeln, bei der Bevölkerung vermieden werden.

Die unterzeichneten landwirtschaftlichen Organisationen können genau die Forderungen, die einer Ablieferung da und dort entgegenstehen, sie kommen aber unter Berücksichtigung der Gesamtlage doch zu dem Entschluß, ihren Berufsgenossen die Ablieferung in den nächsten Wochen dringend zu empfehlen.

Württ. Landwirtschaftskammer; Landw. Hauptverband f. Württemberg und Hohenzollern; Verband landw. Genossenschaften in Württemberg; Zentralgenossenschaft des schwäb. Bauernvereins Ulm.

Die Vorstände der landw. Bezirks- und Ortsvereine werden dringend ersucht, auch ihrerseits im Sinne des Anrufs auf ihre Mitglieder einzurwirken.

Nagold, den 16. Okt. 1923. Oberamt: Müng.

Betr. Brotversorgung.

Die am 13. d. Mts. erschienene Bekanntmachung betreffs der Brotversorgung ab 15. Oktober a. c. wird noch durch nachstehende Bestimmungen ergänzt:

1. Die Abgabe des Mehls an die versorgungsberechtigte Bevölkerung unseres Bezirks erfolgt wie bisher durch die Bäcker und Mehlhändler auf die selbigen Brotmarken und zwar werden vom 15.-21. Oktober die Marken Nr. 18 und 19 mit je 1050 Gr. Mehl oder 1400 Gr. Brot eingelöst.
2. Die Mehl- und Brotpreise werden nicht mehr von der Landesversorgungsstelle vorgeschrieben, sondern von den Bäckern selbst bestimmt.
3. Die Abgabe des Mehls an die Bäcker und Mehlhändler erfolgt wöchentlich zu dem jeden Dienstag aus mitgeteilten Preisen und zwar nicht mehr franko Haus des Bäckers, sondern ab unsern Lagern.

4. Die Bezahlung des Mehls hat innerhalb zwei Tagen vom Auslieferungstage der Rechnung ab zu erfolgen, widrigenfalls nach dieser Zeit für jeden Tag 5% Zinsen berechnet und die wirklich Edmungen von der Belieferung ausgeschlossen werden müssen.

5. Die eingelösten Brotmarken sowie die leeren Säckle sind stets wöchentlich an uns abzuliefern, auch ist anzugeben, wieviel Sack Mehl für die kommende Woche gewünscht werden.

6. Diejenigen Bäcker und Mehlhändler, welche mit vorstehenden Bedingungen nicht einverstanden sind, oder von vornherein auf die Mehlzuweisung verzichten, wollen dies der Bezirksversorgungsstelle sofort melden.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, Vorstehendes in ordentlicher Weise bekannt zu geben.

Nagold, den 15. Okt. 1923. Oberamt: Müng.

Die Gebühren der Kammergerichte werden mit Wirkung vom 9. Oktober 1923 an bis auf Weiteres auf das 29,6 Millionenfache der Festsetzung vom 1. 7. 1919 bestimmt.

Nagold, den 18. Okt. 1923. Oberamt: Müng.

Bekanntmachung.

Der Umrechnungssatz für die Landabgabe beträgt vom 17. bis 19. Oktober 1923 einschließlich für 1 Goldmark 1050 000 000 A.

Altensteig, den 15. Oktober 1923.

Hinwagamt: J. B. Bell, Obersteuerinspektor.

Die Nachzahlungen für Oktober

sind den Gehaltsempfängern am 15. und 16. überwiesen worden. Staatsrentamt Giefau.

Familienkalender für 1924

sind zu haben in der B. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

Dixin
Henkel's
Seifenpulver

Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut

Druckarbeiten
für Behörden, Geschäfte u. Private liefert schnell und preiswert die **W. Rieker'sche Buchdr.**
Schriftweise.
Herrn: Julius Schmitt, Forstmeister.

Ebhansen. Lang- und Sägholz-Verkauf

Am Freitag, den 19. d. Mts., nachm. 4 Uhr bringt die Gemeinde nachstehendes Holz im Submissionsweg auf dem Rathaus zum Verkauf. Distrikt Egardsbälde:

Lsg.	Langholz			Sägholz			St. Fm	St. Fm	St. Fm	St. Fm	St. Fm	St. Fm
	III. Rl.	IV. Rl.	V. Rl.	II. Rl.	III. Rl.	IV. Rl.						
I	4,08	7,548	10,375	8,283	—	—	4	—	—	—	—	—
II	4,09	11,689	7,235	8,704	—	—	9	—	—	—	—	—
III	4,375	6,436	6,264	15,1420	1,030	13.	—	—	—	—	—	—

Ebhansen, den 14. Oktober 1923. Schultheißenamt.

Blut
wird gereinigt bei Gebrauch von **Dr. Soldans Frangulatee.**
Drogerie Gebr. Benz Nagold und Ebhansen.

Altensteig.
Heinens Mostertrakt
zur Herstellung eines guten Mostes empfiehlt in Packungen für 50 und 150 Liter
Lorenz Luz jr. Tel. 46.